

fiktionssektor für materielle Produktion, Dienstleistung und Klassenherrschaft schrittweise neuen Verwertungskriterien unterwirft, bleibt notwendig unberücksichtigt, solange man nicht bereit ist, den SDS-Standpunkt zugunsten der Perspektive einer Kampforganisation des Proletariats in seiner heutigen Struktur und mit seinen heute relevanten Bündnispartnern aufzugeben. Den richtigen Ansatz zu finden, wird angesichts der diffusen Verbreitung dessen, was 1966/67 als Studentenrebellion begonnen hat, nur auf regionaler Basis möglich sein. Auf keinen Fall aber darf die sozialistische Hochschulpolitik sich nach Strukturen richten, die seit der Beseitigung der letzten materiellen Substrate des in der Tat kleinbürgerlichen Ideologems von der Einheit von Forschung und Lehre Schall und Rauch geworden sind. Entsprechend ihrer unterschiedlichen objektiven Klassenlage werden sich die sozialistischen Studenten in übergreifende Projekte einordnen, die der Totalität der Klassenherrschaft in ihrem Aktivitätsbereich entsprechen (z.B. Projektbereich Produktionswissenschaft und Technologie, Projektbereich Bildungsökonomie-Sozialisation, Projektbereich Herrschaftswissenschaft) und ihnen deshalb eine Basis vermitteln, welche nicht ein für allemal nur kleinbürgerliche Defensivbewegung ist. In der Universität als arbeitsteiliger Produktionseinheit für Herrschafts- und Produktionswissen ist sozialistische Praxis genauso möglich wie in einem industriellen Großbetrieb - vorausgesetzt allerdings, daß man den Verbindungen zwischen beiden, die jenseits der Sphäre des unmittelbar sinnlich Wahrnehmbaren liegen, auf die Spur gekommen ist.

Karl Heinz Roth

Verbessertes Referat, das auf der AUSS-MV am 15.11.69 gehalten wurde:

### KONZEPTION DER SCHÜLERBEWEGUNG IN HAMBURG

Nach der Periode autoritärer Beschränktheit zeichneten sich die nachfolgenden Diskussionen einerseits durch die ansatzweise richtige, aber meist dogmatisch begriffene und angewandte Öffnung zum proletarischen Bereich aus. Die damit korrespondierende schematische Übertragung proletarischer Organisationsansätze und -modelle war die negative Seite dieser prinzipiell richtigen Linie. Andererseits war festzustellen, daß der größte Teil des AUSS in eine Resignationsphase fiel, wo als wesentliche Begründung lediglich die ausweglose Situation genannt wurde. In der richtigen Annahme, daß diese resignativen Züge durch die konkrete Benennung politischer Nahziele und damit verbundener Aktionen zu überwinden seien, arbeiteten einige Genossen eine Kampagne aus, die zwar nicht offen als Allheilmittel angepriesen, aber von vielen doch so verstanden wurde. Die Kritik an der Astimilitarismus-Kampagne wurde schon geleistet. Wesentliches Moment dieser ist a) die fehlende Voraussetzungen theoretischer, praktischer und organisatorischer Art und b) das Fehlen der konkreten Zielbestimmungen der Arbeit des AUSS. - Darum geht es. Im Laufe der kommenden Diskussionen muß sich die Zielhaftigkeit unserer Bewegung immer deutlicher herausstellen, die entsprechenden Mittel müssen genannt und die organisatorischen Konsequenzen gezogen werden.

#### I.

Klären wir zunächst die Voraussetzungen unserer Politik. Wir können davon ausgehen, daß das Gymnasium die Sozialisationsinstanz der aus ideologisch kleinbürgerlichen Familien stammenden Gymnasiasten ist - Familien aus Beamten-, Angestelltenschichten, kleineren Unternehmern, sog. Selbständigen wie Ärzten und Rechtsanwälten. Was ist die Aufgabe des Gymnasiums? Sie besteht darin, die Schüler ideologisch und charakterlich so zu formen, daß es diesen unmöglich wird, ihre Interessen zu erkennen - ihre objektiven Interessen, die weitgehend identisch werden können und müssen mit denen des Proletariats. Das soll heißen, daß aufgrund der Nivellierung der kleinbürgerlichen Schichten, deren Vernichtung selbstständiger Existenzgrundlagen und der Notwendigkeit, immer mehr unter Lohn- und gehaltsabhängigen Vorzeichen

zu arbeiten, die ökonomische Pufferstellung des Kleinbürgertums immer mehr wegfällt und damit die objektive Voraussetzung besteht, ähnliche Ziele wie das Proletariat zu verfolgen.

Im Gymnasium nun werden Prozesse in Gang gesetzt, die diesen objektiven Zusammenhang zwischen ehemals kleinbürgerlichen Schichten und der proletarischen Klasse verschleiern sollen; Erziehungsprozesse, die ideologisch die Gymnasiasten so beeinflussen sollen, daß sie eben nicht mit dem Proletariat zusammen, sondern politisch gegen es handeln.

Selbstverständlich ist diese ideologische Aufgabe des Gymnasiums nur dann zu erfüllen, wenn gleichzeitig Charaktere entstehen, die für die entsprechenden Ideologien, auch aufnahmebereit sind. Charakter- und Ideologiebildung stellen also eine Einheit dar. Auch ist diese Erziehung nicht beschränkt auf die Institution Gymnasium, hier findet sie in der Schulzeit nur ihren prägnantesten Ausdruck.

#### II.

Ich glaube, daß von diesen Voraussetzungen aus, die Bestimmung der Hauptaufgaben des AUSS einfach fällt. Wir haben in vorangegangenen Diskussionen schon festgestellt, daß der hauptsächlichste Kampf und letztlich der entscheidende gegen den Kapitalismus vom Proletariat geführt wird, und zwar dort, wo der Hauptwiderspruch dieser Gesellschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital zum Ausdruck kommt - in der Produktion. Selbstredend muß daher unsere Aufgabe sein, im Nebenwiderspruch Schule, wo der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nur in abgeleiteter Form im Überbau vorhanden ist, darin bestehen, die ideologisch kleinbürgerlichen Gymnasiasten so zu beeinflussen, daß sie nicht gegen das Proletariat arbeiten. Aufgrund der Funktion der Schule ist unser Kampf in der Schule wesentlich ein ideologischer Kampf d. h. die Vernichtung der kleinbürgerlichen Ideologien und damit gleichzeitig die Verankerung zunächst demokratischer Inhalte und dann der sozialistischen Theorie. Die Schaffung eines anti-kapitalistischen Bewußtseins wird durch das Aufgreifen von Interessen der Schüler, durch entsprechende Aktionen, Forderungen nach Demokratisierung als Mittel des politischen Kampfes mit dem Ziel der Ideologienangleichung unterstützt. Es ist klar, daß Ideologien nur dann vernichtet werden können, wenn eine entsprechende Praxisveränderung gegeben ist - eine Praxisveränderung, die in zwei Extremfällen werde so aussieht, daß die Schüler die Schule verlassen und in die Betriebe gehen, noch so, daß die aktive Teilnahme über das Zuhören bei irgendwelchen Diskussionen nicht hinauskommt. Sondern die Praxisveränderung geschieht auf der Grundlage gemeinsamer Nah- und Zwischenziele, sowie der Einsicht, diese nur durch solidarisches Handeln erreichen zu können; die Praxisveränderung erfolgt nicht im Rahmen einer Strategie für den Schülerbereich, sondern nur aufgrund eines gemeinsamen Programmes. Dessen Erreichung und Weg konstituiert Gemeinsame Praxis.

#### III.

Die Frage, die sich jetzt stellt, ist die nach der Realisierung dieses Zieles, also wie erreichen wir Erfolge im Kampf gegen die ideologisch kleinbürgerlichen Ideen, Verhaltensweisen, Ziele, etc. der Gymnasiasten und wie können wir damit die Gymnasiasten mit der sozialistischen Ideologie an die Bewegung des revolutionären Proletariats binden? Diese Frage läßt sich am besten so beantworten: auf der Basis radikalgewerkschaftlicher Interessenvertretung die Interessen der Gymnasiasten wahrnehmen, um damit die Verschärfung der Widersprüche im Überbaubereich zugunsten unserer Ziele auszunutzen. Ausgangspunkt der Mobilisierung der Gymnasiasten ist das Klarmachen der materiellen und sozialen Interessen der Schüler. Diese werden durch Konfliktschaffung bewußt gemacht, d. h. die von den Schülern als richtig erkannten Interessen werden denen der Schulbürokratie gegenübergestellt, und dabei wird die Unmöglichkeit, diese Interessen alle durchzusetzen, deutlich werden. Dabei sind zwei falsche Konzeptionen vorhanden: einmal die reformistische, die nur dann Interessen formuliert und durchsetzen wird, wenn garantiert ist, daß ihre Erfüllung Erfolg haben wird. Zum zweiten die autoritäre Konzeption, die in der Unmittelbarkeit der Befriedigung verharrt. Beide Konzeptionen



nur ein Kampf um Voraussetzungen für die Massenorganisation zu schaffen, sondern natürlich auch schon ein Kampf ideologischer Art. Die demokratischen Forderungen, die Vertretung und der Kampf um Interessen der Schüler muß immer mehr verknüpft werden mit dem Kampf gegen bürgerliche Vorstellungen, Ideen und Verhaltensweisen. Schon durch die entstehenden Konflikte ist es möglich, daß Stück für Stück dieser Vorstellungen abbröckeln. Wenn gleichzeitig von uns dann neue, der Situation entsprechende Interpretationen, d.h. sozialistische, vermittelt werden, ist ein Erfolg hier leicht möglich.

2 Voraussetzungen für diesen ideologischen Kampf müssen aber immer wieder geschaffen werden: 1) die Qualifizierung (Schulung) im wissenschaftlichen Sozialismus, um überhaupt eine, und zwar die richtige, Grundlage für unsere Politik zu haben, 2) die Analyse der bürgerlichen Ideologien, u.a. auch der Unterrichtsinhalte. Damit diese eben formulierten Ziele erreicht werden, ist es notwendig, daß jetzt nicht weiterhin resignativ auf Erfolge gewartet wird, sondern daß alle AUSSler sich für diese Aufgaben einsetzen.

Zu klären wäre noch die Rolle des AUSS in der MO. Zunächst einmal ist das AUSS die Organisation, die diese MO überhaupt schafft, es bildet den Kern dieser Organisation, leistet innerhalb demotwendigen Schulung immer wieder die Kapitalismuskritik, bildet also den weitertreibenden und kontinuierlichen Faktor. Der Name dieser gewerkschaftlichen MO kann AUSS heißen oder nicht. Das ist jetzt unwichtig. Letztlich löst sich das jetzige AUSS in der zubildenden Organisation auf.

Organisatorisch muß die SMV-Politik so durchgeführt werden, daß die Basisgruppen jeweils schulspezifisch die SMV-Eroberung vornehmen, wobei völlig klar sein muß, daß die Genossen, die in der SMV sitzen, von den Beschlüssen der Basisgruppe abhängig zu machen sind. Die Basisgruppe wird also auch die in der SMV notwendigen Schritte bestimmen. Auf zentraler Ebene wird die SMV-Politik von dem Delegierten-Rat und dem Koordinationsrat bestimmt. Hier wird auch entschieden, was im HSP zu geschehen hat.

In drei Punkten möchte ich noch einmal alles zusammenfassen

- 1) die Aufgaben: Die Hauptaufgabe des AUSS besteht darin, den ideologischen Kampf um die Gymnasiasten zu führen mit dem Ziel, sie an das Proletariat zu ketten.
- 2) der Weg: Um diese Hauptaufgabe zu leisten, ist es notwendig, bei den Interessen der Schüler anzusetzen und Forderungen als Mittel zu dem Ziel des AUSS zu formulieren, die a) das Wohlgefallen der Schüler finden und b) konflikt-schaffend sind.
- 3) die Organisation für diese Politik ist eine Massenorganisation mit gewerkschaftlichem Charakter sowie einfachen demokratischen Strukturen.
- 4) Die augenblicklichen Schritte bestehen darin, die Massenorganisation durch Übernahme der SMV und des HSP und dann deren Auflösung zu schaffen. Dabei wird mit dem ideologischen Kampf schon begonnen. Das wiederum erfordert Schulung.

## DEN AUFBAU EINER MARXISTISCH - LENINISTISCHEN ORGANISATION IN ANGRIFF NEHMEN I

Das SALZ/Marxisten-Leninisten nimmt hiermit Stellung zur Goltermann "Fraktion": Die Auseinandersetzung mit der G.-Fraktion ist keine Auseinandersetzung mit einer Fehlströmung in der Arbeiterbewegung. Sie ist ebenfalls in Bezug auf die vier Genossen nicht relevant. Sie ist lediglich als der Teil der Auseinandersetzung mit den opportunistischen APO-Studentenführern,

der innerhalb der Organisation geführt wurde, von gewisser praktischer Bedeutung, weil es hier um den Kampf für eine korrekte Masselinie an der Universität geht gegen zentristische Organisationen. Ihre praktische Bedeutung ist aber im wesentlichen die eines Lehrstückes. Außerdem gilt es, jenen Wust von Falschinformationen, die die hektisch umhereilenden Opportunisten verbreiteten, sachlich zu korrigieren.

## DER AUSSCHLUSS DER G.-FRAKTION

Die 4 Genossen der G.-Fraktion haben sich aus der SALZ-ML Organisation durch ihre Praxis ausgeschlossen. Die Vertreter-Versammlung des SALZ/ML bestätigte diesen Ausschluß, den die vier Personen nach außen als Abspaltung darstellten. Nach einer genauen Prüfung und einer Umfrage auf der letzten Vertreter-Versammlung sind außer den vier Personen keine weiteren aus dem SALZ/ML ausgetreten. Andere Angaben sind falsch.

Die Begründung für den Ausschluß folgte durch die tatsächliche Praxis dieser vier Personen, für die die kommunistischen Organisationsprinzipien lediglich Formalitäten waren.

Ihre Ambivalenz und politische Charakterlosigkeit ist letztlich nichts anderes als ein konkreter Ausdruck der sozialen Auswirkungen der Kapitalkonzentration, die ehemals privilegierte und individualistisch geprägte Kleinbürger in die Perspektivlosigkeit herabschleudert und sie dort unten für alle politische Scharlatanerie, für alles politische Strohfeuer, unter Umständen sogar für die Konterrevolution bereit hält. Diese positive Wendung der kleinbürgerliche Krise ist eben nicht der Rückfall in die politische Praxis der antiautoritären Phase, sondern der bewußte Austritt aus der Klasse durch die Aneignung der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus und deren materielle Füllung durch Arbeit Seite an Seite mit den Proletariern.

## DIE AUFLÖSUNG DES SALZ-RATES UND DER AUFBAU EINER ORGANISATION NACH KOMMUNISTISCHEN PRINZIPIEN

Die vier erwähnten Personen waren bislang Mitglieder des SALZ Rates, eines Organisationskoitees, eines Kollektivs von Organisationssubjekten, das sich solange als Provisorium verstehen mußte, bis eine Delegiertenversammlung geschulter aktiver Grundeinheiten der Organisation es ablösen konnte. In dieses Organisationskomitee waren die vier Personen durch die falsche Politik des SALZ Rates (beliebige Kooptationen) mehr oder minder zufällig hineingeraten.

Der SALZ Rat betrieb seine eigene Auflösung als Provisorium und damit die Umgestaltung des SALZ in eine demokratisch-zentralistische Organisation theoretisch wie praktisch sehr systematisch, indem er die materiellen Voraussetzungen dafür herstellte und nicht schematisch die kommunistischen Organisationsprinzipien anwandte: Bildung von Betriebs-Bezirksgruppen, Elementarschulung dort und intensive Diskussion der politischen Linie. Vor kurzem, auf seiner vorletzten Sitzung stellte der SALZ Rat die bisherigen Fehler unserer Arbeit, den Stand der Arbeit und seine politischen Erfordernisse noch einmal prägnant zusammen und kam zu dem Ergebnis, daß der provisorische SALZ Rat nicht mehr in der Lage ist, die Betriebs-Bezirksarbeit vernünftig zu leiten, ebensowenig in der Lage ist, die Fehler, Element antiautoritärer opportunistischer Politik, radikal zu korrigieren. Es wurde beschlossen: der SALZ Rat wird abgelöst durch die Vertreter der geschulter, aktiven Grundeinheiten. Die Vertreter dieser Grundeinheiten bestimmen ein leitendes Gremium, das auf der Grundlage der politischen Linie, die von der Vertreterversammlung beschlossen wird, das einheitliche Handeln der Organisation gewährleistet. Dieser Organisation liegen folgende wichtige Prinzipien zugrunde:

1. Jedes Mitglied muß in einer der Grundeinheiten mitarbeiten, die Elementarschulung durchlaufen und sich der Organisationsdisziplin unterstellen
2. Kritik und Selbstkritik
3. Die Minderheit fügt sich der Mehrheit
4. Zentralisation der Entscheidung und Dezentralisation der Verantwortung